Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 45 **München, 6. November 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5692

	Nov.	Marcheschwan	Bemerkungen
Sonntag	8	28	
Montag	9	29	תענית שני י״כ קטן
Dienstag	10	30	ראש חדש יום א׳
		Kislew	
Mittwoch	11	1	ראש חדש יום ב׳
Donnerst.	12	2	
Freitag	13	3	
Samstag	14	4	תולדת הפטרה משא דבר ה׳: (Meleachi 1, 1-14. 2, 1-7)

Das Jüdische Echo

Nummer 45 | 6. November 1931 | 18. Jahrgang

Jüdische Hilfsaktion

Die Not dieses Winters wird unendlich groß sein; ihrer auch nur so weit Herr zu werden, daß kein Mensch zu hungern und zu erfrieren braucht, wird ungeheure Anstrengungen aller Gutgesinnten und Hilfsbereiten erfordern. Die jüdische Not dieses Winters, wird sie sich bewältigen lassen? Wer sich mit jüdischen Dingen beschäftigt hat, weiß, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zusehends jüdische Menschen brot- und arbeitslos gemacht hat; er weiß, daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist und daß der Strom der Wirtschaft, in dem sich bisher große Teile der jüdischen Bevölkerung halten konnten, sie nicht mehr tragen will und er weiß auch, daß die Vorkehrungen der öffentlichen Körperschaften, die Wohlfahrtsarbeit des Reiches, der Länder und der Gemeinden die jüdische Not, die so entstanden ist, zum allergeringsten Teile erfassen: Wenn man die jüdischen Hilfsbedürftigen dieser allgemeinen Wohlfahrtsarbeit überlassen wollte, müßten sie zum größten Teile untergehen — nicht etwa, weil diese Stellen schlechten Willens wären, sondern weil sehr oft die jüdische Not sich den üblichen Typen nicht einfügen läßt, weil in zahlreichen Fällen jüdische Menschen aus den bekannten staatsrechtlichen Gründen ausgeschlossen werden müssen und weil ebenso oft die früher dem Mittelstand oder gar den begüterten Schichten angehörenden Menschen es nicht über sich bringen, den Weg zu den öffentlichen Stellen zu gehen.

Weil dem so ist und nicht erst seit gestern oder heute war der Auf- und Ausbau eines spezifisch jüdischen Wohlfahrtswesens notwendig geworden; weil dem so ist, konnte die freie jüdische Hilfstätigkeit schon lange nicht mehr den Forderungen der Zeit genügen, mußten die jüdischen Gemeinden Wohlfahrtsämter errichten und hat die Arbeit dieser Wohlfahrtsämter im Rahmen der gemeindlichen Arbeit eine immer größere Bedeutung gewonnen.

Wenn es möglich war, ist diese Bedeutung heute noch gewachsen, die Mittel dagegen, die ihnen aus den Finanzen der Gemeinden für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden konnten, haben abgenommen und so stehen sie der furchtbaren Not dieses Winters mit leeren Händen gegenüber, können wenig oder gar nicht helfen, wo diese Hilfe dringender ist als je.

Der Ausweg der Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung unter Mitarbeit zahlreicher ehrenamtlicher Kräfte und sämtlicher Wohlfahrtsvereine zugunsten der jüdischen Winterhilfe war der einzige, der sich geboten hat; er mußte gegangen werden, wenngleich man sich fragen darf, ob es nicht der großen Tradition der jüdischen Gemeinden würdiger wäre, die Mittel, die, wie jedes Auge sieht, für eine offenbare Verpflichtung der Gemeinde benötigt werden, auch dementsprechend im Rahmen der gemeindlichen Finanzen aufzubringen oder wenigstens eine größere Anstrengung in dieser Richtung zu machen, als sie in der Tat gewagt wurde. Diese Frage ist nun einmal entschieden und so sei nur dankbar darauf hingewiesen, daß der Appell an die Gemeinde seitens aller Instanzen, des Gemeindevorstandes, der Gemeindevertretung, des Wohlfahrtsamtes, des Rabbinats und der Wohlfahrtsvereine mit allem erdenklichen Nachdruck erfolgt ist. Es ist eine unabweisbare Pflicht mitzuhelfen — diese Erkenntnis muß in jedem einzelnen lebendig gemacht werden, der sich nicht selbst zu den Hilfsbedürftigen rechnen muß und man kann nur hoffen, daß die jetzt einsetzende Arbeit den Erfolg haben wird, den man erwartet und den sie haben muß, wenn es dem Wohlfahrtsamt und den Vereinen möglich sein soll, ihren Schützlingen über den schweren Winter hinwegzuhelfen.

Das ist zweifellos das Nächstliegende und das Wichtigste und doch muß man es auch in diesem Zusammenhange sagen, daß diese Arbeit nicht genügt. Man muß endlich einmal einsehen, daß vorbeugende Arbeit besser ist und man muß endlich auch einsehen, daß vorbeugende Arbeit noch auf manchen Gebieten geleistet werden kann, die bisher von den ausschlaggebenden Faktoren gerade auch der Münchener Gemeinde geflissentlich gemieden werden. Vielleicht lehrt die Arbeit dieses Winters, daß es nötig ist, an den Ausbau der Darlehenskassen heranzugehen, die Arbeitsvermittlung des Wohlfahrtsamtes zu intensivieren und überhaupt mehr als bisher die Zweige der Wohlfahrtsarbeit zu pflegen, die Schutzbedürftige in die Lage versetzen sollen, sich durch Eingliederung in die schaffende und erwerbende Gesellschaft sich aus eigenen Kräften zu erhalten.

Heute freilich ist es wichtiger für Brot, Kleidung und Beheizung zu sorgen — in einer Zeit, die eindringlich jeden Tag aufs neue beweist, daß alle gesellschaftlichen Verhältnisse labil sind und daß vielleicht morgen die Hilfe des Wohlfahrtsamtes beanspruchen muß, wer heute selbst noch helfen kann; in dieser Zeit sollte es doch möglich sein, offene Herzen und offene Hände zu finden. Das Ergebnis der Sammlung wird zeigen, wie es darum bestellt ist und es wird zeigen, wie weit jüdisches Verantwortungs- und Gemeinschaftsgefühl noch unter uns lebendig ist.

* * *

Trotzdem die Aufgaben, denen sich die Gemeinde gegenübersieht, heute größer sind als je — wie aus dem Vorstehenden zur Genüge erhellt —, hat einer ihrer Führer, Herr Kommerzienrat Dr. Ludwig Wassermann, sein Amt niedergelegt und ist aus dem Vorstand der Gemeinde ausgetreten. Wie wir erfahren, hat er seinen Entschluß mit gesundheitlichen Gründen motiviert; es erscheint jedoch nicht unwahrscheinlich, daß auch andere Ursachen dazu beigetragen haben, wenn sie nicht geradezu ausschlaggebend gewesen sind. Herr Dr. Wassermann hat in den letzten Jahren immer zu denjenigen gehört, denen in jüdischen Dingen das Sparen am Wichtigsten gewesen ist, weswegen gerade auch die Arbeit des Wohlfahrtsamtes stets sein Mißfallen erregt hat. Wenn Herr Dr. Wassermann heute die Gemeinde im Stiche läßt, wo sie vor schweren und schwersten Entscheidungen

steht, so scheint er einer Verantwortung aus dem Wege gehen zu wollen, die notwendigerweise jeder tragen muß, der heute an jüdischen Dingen führend mitarbeitet. Wie dem auch sei, es wird wenige geben, die ihn zurückhalten wollen; jedenfalls aber wird man dafür Sorge tragen müssen, daß nicht etwa später dieser Rücktritt als Argument für die besondere Befähigung zur Führerschaft in jüdischen Dingen ausgenützt wird. Der Gemeinde geht es schlecht; die Hitlerregierung steht vor der Tür; jetzt bedarf es einer entschlossenen und verantwortungsbereiten jüdischen Führung — Herr Dr. Wassermann aber tritt zurück. Vielleicht ist es gut so. I. E.

Vor einem Notwinter

Vorstandssitzungen der Zentralwohlfahrtsstelle und der Hauptstelle

Berlin, 3. November. (JTA.) Am Sonntag, dem 1. November 1931, traten der geschäftsführende Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Reichsvorstand der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise in Berlin unter Vorsitz von Dr. Baeck und Dr. Oscar Cohn zu Sitzungen zusammen, welche aus dem Reich zahlreich besucht waren. Im Mittelpunkt der Erörterungen der Vorstandssitzung der Zentralwohlfahrtsstelle stand ein Notprogramm der jüdischen Wohlfahrtspflege, das Gegenstand einer eingehenden Aussprache war, die mit der Annahme der folgenden Entschließung endete:

„Der am 1. November 1931 aus dem Reich in Berlin versammelte geschäftsführende Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden richtet im Anschluß an das ihm vorgelegte Notprogramm an die jüdischen Gemeinden den dringenden Aufruf, auch und gerade in diesem Jahre der Not daran festzuhalten, daß die jüdische Wohlfahrtspflege eine primäre, lebensnotwendige Pflichtaufgabe der jüdischen Gesamtheit und der jüdischen Gemeinden ist. Ist eine Etatseinschränkung notwendig, so darf sie unter keinen Umständen die Wohlfahrtspflege stärker als andere Positionen treffen. Vielmehr muß der notwendige Umbau der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde allgemein und von Grund auf, unter Wahrung der unerläßlichen Aufgaben des Mindestprogramms der Wohlfahrtsarbeit erfolgen.

Stärkste Planmäßigkeit der Anstalts- und offenen Fürsorge unter strenger Ausschaltung aller Doppelarbeit, und Verbesserung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Hilfstätigkeit der Gemeinden und der überall unentbehrlichen freien Hilfsarbeit durch Vereine und Anstalten ist nachdrücklichst zu fordern. Besonderes Augenmerk ist auf die Arbeit für die männlichen und weiblichen Jugendlichen und auf die Erhaltung und Öffnung einfachster, aber ausreichender, allen offen stehender Jugendheime zu richten.

Der Vorstand stellt fest, daß die tätige Mitwirkung der jüdischen Wohlfahrtspflege in der allgemeinen deutschen Winterhilfe überall durchgeführt ist, und unterstützt diese Mitwirkung aufs stärkste. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden fordert im gegenwärtigen Notjahr zu besonderen Opfern für die allgemeine und für die jüdische Not auf. Sie ruft auf zu stärkster persönlicher Hilfe, stärkster Zusammenarbeit, stärkster Opferbereitschaft."

Der Vorstand genehmigte sodann Zuwendungen, die durch Vermittlung der Zentralwohlfahrtsstelle an verschiedene Stellen im Reiche erfolgen konnten, ferner den vorgelegten Finanzbericht.

Der zweite Kurfürstendammprozeß

Stark belastende Aussagen für Helldorf

Berlin, 27. Oktober. (JTA.) Die Vernehmung der angeklagten Rädelsführer und Teilnehmer an den judenfeindlichen Ausschreitungen am Kurfürstendamm am 12. September abends, dem zweiten jüdischen Neujahrsabend, ist am Montag zu Ende gegangen. Der Stabsleiter der Sturmabteilungen, Karl Ernst, der nach dem Grafen Helldorf vernommen wurde, schloß sich der Darstellung seines Vorgesetzten an, dergemäß keinerlei Befehl zu judenfeindlichen Exzessen ausgegeben wurde. Der Führer des Sturms 8, Schulz, ging noch weiter und erklärte, er habe am Kurfürstendamm im Chor „Juda verrecke" rufen hören, daraus sei ihm klar geworden, daß das Spitzel sein müßten: der Ruf „Juda verrecke!" sei durch eine mündliche stillschweigende Vereinbarung zwischen den Führern verboten; er werde nur noch von Provokateuren angewendet. An den Sturmbannführer Hell richtete der Vorsitzende die Frage: Wissen Sie nichts davon, ob zwischen Goebbels, den wir hier als Zeugen hören werden, und Graf Helldorf eine Besprechung über den jüdischen Neujahrstag stattgefunden hat? Der Angeklagte verneint dies, ebenso die Frage, ob ein Befehl von Mund zu Mund gegangen ist.

Am zweiten Prozeßtag wurden 14 Polizeioffiziere und Unteroffiziere als Zeugen vernommen. Sie sagten übereinstimmend aus, daß sie, als sie am Kurfürstendamm eintrafen, etwa 1200 einheitlich gekleidete Exzedenten dort antrafen und den bestimmten Eindruck hatten, daß es sich um eine durchaus planmäßig organisierte Revolte handle. Einige der Polizeioffiziere sagten aus, verschiedene Passanten seien an sie herangekommen und hätten sich beschwert, daß sie geschlagen und belästigt worden seien, wobei einige Passanten bestimmt erklärten, die Befehle zu den Exzessen würden von einem an der Gedächtniskirche haltenden Auto gegeben, es war dies das Auto des Grafen Helldorf und des Stabsführers Ernst.

Die Autos, in denen Graf Helldorf und die anderen SA-Funktionäre während der Krawalle hin und her fuhren, spielten in den Aussagen eine wichtige Rolle. Nach Meinung der Polizeioffiziere wurden nicht allein von diesen Autos Direktiven gegeben, sondern das Erscheinen der Autos selbst an verschiedenen Punkten sollte ein Signal zum Angriff sein. Daß eine Leitung vorhanden war, ersah der Zeuge auch daraus, daß Polizeibeamten in Zivil von Teilnehmern an den Exzessen verschiedentlich Zettel zugesteckt wurden, auf denen Nummern von Autos und einem Motorrad verzeichnet waren. Man sagte ihnen: wo die Wagen erscheinen, da gibt es Klamauk. Solche Zettel hat der Zeuge auf den Tisch des Polizeireviers niedergelegt. Er hat die Nummern auf den Zetteln mit den Nummern der festgestellten Autos verglichen. Die Aussagen der Zivilzeugen stimmen mit den Aussagen der Polizeizeugen darin überein, daß die SA-Leute, die auf dem Kurfürstendamm demonstrierten und blutige Überfälle verübten, unter einheitlicher Leitung standen und befehlsgemäß handelten. Starken Eindruck machte die Aussage des Rechtsanwalts Dr. Alfred Apfel, der die Exzesse von dem Balkon seiner Wohnung an der Ecke Kurfürstendamm-Fasanenstraße von Beginn an mit angesehen hatte.

Der bei den Krawallen schwer verletzte Rechtsanwalt Dr. Möhring, der Sohn des Konditoreibesitzers am Kurfürstendamm, schildert, wie er auf

dem Wege zum Gloria-Palast an der Ecke Schlüterstraße die ersten Schreie von Überfallenen hörte. Der Zeuge sagt, er selbst sei nicht Jude und stünde den Nationalsozialisten auch nicht feindlich gegenüber. Er habe nicht geglaubt, daß er selbst angegriffen werden würde. Er wurde aber von den Trupps auf den Rinnstein abgedrängt, ein junger Mann löste sich von einer der Gruppen, gab mit einer Trillerpfeife ein Signal, woraufhin von allen Seiten Leute auf Möhring zueilten. Er bekam hinterrücks einen Schlag mit einem harten Gegenstand auf den Kopf.

Es wurden dann eine Reihe von Zeugen, Juden und Nichtjuden, vernommen, die bei den Exzessen verletzt wurden. Alle hatten beobachtet, daß die Überfälle organisiert waren und daß die SA-Leute unter Befehl standen.

Berlin, 1. November. (JTA.) Die Aussagen der Zivilzeugen im Prozeß gegen die Rädelsführer der antisemitischen Krawalle am Kurfürstendamm waren für den Grafen Helldorf und die übrigen Angeklagten äußerst belastend. Zeugen hatten auch direkt gesehen und gehört, wie Graf Helldorf, sein Stabsleiter Ernst, der Jungstahlhelmführer Brandt und die anderen Angeklagten die Ausschreitungen von ihren Autos aus dirigierten. Die Zeugen Autoschlosser Pawel und der Zeitungsverkäufer am Restaurant Kempinski am Kurfürstendamm haben genau beobachtet, wie Brandt seinen Leuten Direktiven zu den Überfällen gab. Als sein Wagen in die Fasanenstraße einbog, stürzten von dort etwa 150 Nationalsozialisten herbei. Immer liefen Demonstranten hinter dem Wagen her und nahmen von den Insassen Befehle entgegen.

Für Graf Helldorf war die Aussage des Kaufmanns Deterding schwer belastend. Deterding hat die Polizei auf das Treiben des Grafen Helldorf aufmerksam gemacht und seine Festnahme bewirkt. Deterding fuhr mit seinem Auto neben dem von Helldorf und Ernst, sah und hörte, wie Demonstranten dem Auto zueilten, und wie aus dem Auto Rufe „Deutschland erwache!" ertönten und Befehle erteilt wurden.

Der Zeuge Kossmoll, Sturmbannadjutant in dem inzwischen von der Polizei geschlossenen SA-Lokal in der Lützowstraße, erklärt, er habe noch am Nachmittag des 12. September gehört, daß es am Abend auf dem Kurfürstendamm gegen die Juden losgehen werde, und habe sich darüber gefreut. Am Abend vor 9 Uhr sei Graf Helldorf vorgefahren und habe ihn scharf gefragt, ob er etwa Leute nach dem Kurfürstendamm geschickt habe; Kossmoll hat das verneint. Der Staatsanwalt stellt aus Kossmolls Aussage fest, daß Graf Helldorf, als er vor dem Lokal in der Lützowstraße vorfuhr, schon von den Krawallen gewußt hat; bisher hat Helldorf dies bestritten. Aus Kossmolls Aussage ist weiter zu entnehmen, daß die Unterführer über den bevorstehenden Krawall unterrichtet waren, was einen Rückschluß auf die Rolle der oberen Führer zuläßt. Ein weiterer Zeuge, Kaufmann Rathenau, hat beobachtet, wie vom Wagen Helldorfs Direktiven an fliegende SA-Leute gegeben wurden.

Am Montag sollte Dr. Goebbels darüber vernommen werden, ob zwei Tage vor den Kurfürstendamm-Unruhen eine Führerbesprechung über den Krawall-Plan stattgefunden hat. Beim Aufruf der Zeugen stellte sich heraus, das Goebbels fehlte.

Aus der Untersuchungshaft wird ein Zeuge namens Gerson vorgeführt, der vom angeklagten Stahlhelmer Brandt im Gefängnishof bedroht worden ist. Gerson bekundet, daß Brandt bei den Spaziergängen im Gefängnishof ein Stahlhelmabzeichen getragen und andersdenkende Untersuchungsgefangene durch Redensarten gereizt hat. Dem Gerson rief Brandt zu: „Sie kommen auch noch dran, Ihnen geht es genau so, wie Ihren Glaubensgenossen am Kurfürstendamm." Der Angeklagte Brandt erklärt, der Zeuge Gerson hätte ihm das Rotfront-Zeichen gemacht. Gerson verwahrt sich gegen diese Behauptung und erklärt, er sei nicht Kommunist, er sei eher deutschnational gesinnt.

Es kamen dann Entlastungszeugen für den Jungstahlhelmführer Brandt zu Worte. Sie erklären, daß Brandt keine Befehle zum Angriff erteilt habe.

Kriminalkommissar Feistel bekundete, eine ihm amtlich als sehr vertrauenswürdig bezeichnete Auskunftsperson habe ihm folgende Darstellung gegeben, die er der Staatsanwaltschaft weiter gegeben habe. Anfang September habe eine Besprechung zwischen Dr. Goebbels und dem Berliner SA-Führer Graf Helldorf stattgefunden, bei der angeregt wurde, am jüdischen Neujahrsfeiertage eine Demonstration am Kurfürstendamm zu veranstalten. Es sollten die Erwerbslosen der Partei nach dem Kurfürstendamm geschickt werden, ohne Abzeichen, aber mit ihren Stempelkarten. Graf Helldorf habe diesen Plan in einer Sitzung der Standartenführer besprochen und dort sei dagegen eingewandt worden, man könne nicht die Erwerbslosen allein nach dem Kurfürstendamm schicken und sie dort gewissermaßen als „Kanonenfutter" für Parteizwecke der Polizei preisgeben. Es sollte vielmehr die Demonstration einen allgemeineren Charakter annehmen. Daraufhin sei beschlossen worden, daß die SA-Leute aus allen Berliner Stürmen gemeinsam mit den Erwerbslosen zum Kurfürstendamm gehen sollten. Für diesen Sonnabend seien dann auch alle sonstigen Parteiveranstaltungen, die Propaganda-Ausflüge, Sportmärsche usw. abgesagt worden. Einige der heute angeklagten SA-Führer, so u. a. Hell, Samerski, und Hagemeister, seien beauftragt worden, mit Motorrädern zum Kurfürstendamm zu fahren, um Anweisungen zu geben.

Am 2. Oktober soll nach der Angabe des Gewährsmannes in einer Standartenführerbesprechung auch der bevorstehende Prozeß besprochen worden sein. Dabei wurden den SA-Führern Anweisungen gegeben, wie sie sich als Zeugen bei den Vernehmungen vor Gericht und Poilzei zu verhalten hätten. Diejenigen, die erkannt worden seien und ihre Anwesenheit am Kurfürstendamm nicht ableugnen könnten, sollten bei ihrer Vernehmung angeben, sie seien nur nach dem Kurfürstendamm gegangen, um ein Glas Bier zu trinken, oder um sich mit Bekannten zu treffen. Sie sollten auch aussagen, es sei in der Partei üblich, daß man am Sonnabend Abend Spaziergänge mache, Feistel erklärte, seinen Gewährsmann nicht nennen zu können. — Nach einer Verhandlungspause am Dienstag soll am Mittwoch die Beweisaufnahme zu Ende geführt werden; wir werden in der nächsten Nummer noch einmal auf den Prozeß zurückkommen.

Studentenunruhen an den polnischen Universitäten

Warschau, 30. Oktober. (JTA.) Die Zeitungen berichten über tägliche wilde antisemitische Exzesse an der Warschauer Universität, insbesondere an der juridischen Fakultät, wo die Zahl der jüdischen Studenten etwas größer als an anderen Fakultäten ist. Es ist bereits zur Regel geworden, daß in den Pausen zwischen den Vorlesungen Sprecher der nationaldemokratischen Studenten das Katheder besteigen und rufen: „Die Juden

nehmen unsere Plätze ein, die Juden beherrschen die Universitäten, hinaus mit den Juden!" Diese Rufe werden von den Massen nationaldemokratischer Studenten beklatscht und wiederholt. Kommt während dieser Tumulte ein Professor in den Saal, so wartet er ruhig ab, bis der Tumult zu Ende ist, und beginnt sodann seine Vorlesung, ohne mit einem Wort auf die Vorgänge hinzuweisen. Gestern wurden die erwähnten Losungen durch die Losung „Schlagt die Juden" vermehrt. Die jüdischen Akademiker haben heute beschlossen, eine Abordnung zum Rektor zu entsenden und ihn auf das Martyrium der jüdischen Studenten hinzuweisen, denen durch ein System ständiger Bedrohung und Beschimpung ein normaler Studiengang unmöglich gemacht wird.

Krakau, 30. Oktober. (JTA.) An der Krakauer Universität kam es gestern zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen nationaldemokratisch organisierten polnischen Studenten und jüdischen Studenten. Die Unruhen begannen damit, daß an der medizinischen Fakultät die polnischen Studenten versucht haben, ihre jüdischen Kollegen mit Gewalt aus den Vortragssälen zu entfernen. Die polnischen Studenten erklärten, sie würden nicht zulassen, daß jüdische Mediziner ihre Übungen im Anatomischen Institut fortsetzen, bis nichtjüdische Leichen in einem der Zahl der jüdischen Studenten entsprechenden Verhältnis beigestellt werden. Sehr bald dehnten sich die Unruhen auch auf die übrigen Fakultäten aus. Während die angegriffenen jüdischen Studenten an diesem Tage noch ihren Mann stehen und Angriffe abwehren konnten, sahen sie sich am heutigen Morgen stärkeren antisemitischen Studentengruppen gegenüber, die auf sie eindrangen, sie schwer mißhandelten und aus dem Universitätsgebäude hinauswarfen. Eine Abordnung des jüdischen Studentenverbandes „Agniska" begab sich zum Rektor, um diesen um Schutz zu bitten. Auf dem Wege zum Rektoratsbüro aber wurden die Mitglieder der Abordnung von einer größeren Gruppe antisemitischer Studenten angegriffen, schwerstens mißhandelt und auseinandergejagt, so daß der Besuch beim Rektor unterblieb.

Der Senat der Krakauer Universität trat zu einer Beratung zusammen und beschloß, die Universität für unbestimmte Zeit zu schließen und eine Disziplinaruntersuchung zur Bestrafung der Rädelsführer der Unruhen einzusetzen.

Warschau, 1. November. (JTA.) Die antisemitischen Unruhen an der Warschauer Universität haben sich wiederholt. Nationaldemokratische Studenten versperrten den jüdischen Kollegen den Zutritt zu den Vorlesungssälen, mehrere jüdische Studenten wurden die Treppen zum Universitätsgebäude hinuntergeworfen. Antisemitische Studenten überfielen in Gruppen einzelne jüdische Studenten und Studentinnen und mißhandelten sie in rohester Weise. Die antisemitischen Studenten an der medizinischen Fakultät kündigten an, daß sie vom Dienstag, dem 3. November, ab (Montag ist Feiertag) keinen jüdischen Studenten zu Sektionen und Übungen am Anatomischen Institut zulassen werden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die antisemitischen Unruhen, an denen sich Studenten aller Jahrgänge beteiligten, von langer Hand vorbereitet worden waren.

Am Sonntag, dem 1. November, fand im jüdischen Studentenheim eine vom Zentralkomitee der jüdischen akademischen Verbindungen einberufene Versammlung statt, in der gegen die brutalen antisemitischen Überfälle und die Behinderung der Studierfreiheit der jüdischen Studenten schärfstens protestiert wurde. Mit den demokratischen akademischen Vereinen wird wegen Schaffung einer Einheitsfront gegen die organisierte Judenhetze verhandelt.

Der Rektor der Krakauer Universität erließ einen Aufruf an die akademische Jugend, in dem er an die patriotischen Gefühle der Jugend appelliert und sie zu Gehorsam auffordert. Die gesamte polnische Presse mit Ausnahme des „Napszud" hetzt gegen die jüdische Studentenschaft und schiebt ihr die Schuld an den Geschehnissen zu. Die Universität bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Warschau, 3. November. (JTA.) Die von der jüdischen Studentenschaft Warschaus gegen die Umtriebe der nationaldemokratischen Studenten einberufene Protestversammlung hatte einen ungeheuren Zulauf. Der Saal des Studentenheims, in dem die Versammlung stattfand, war gedrängt voll. Der Vorsitzende Kleinbaum beleuchtete die Geschehnisse an der Krakauer und der Warschauer Universität und wies darauf hin, daß die Nationaldemokraten in ihrem Kampf gegen die Regierung die antisemitischen Instinkte der Massen ausnutzen wollen und deswegen darauf bedacht sind, auf allen Gebieten des Lebens mit antisemitischen Argumenten zu operieren. Der Redner knüpfte an die Numerus clausus-Forderung der Nationaldemokraten an und wies darauf hin, daß an den medizinischen Fakultäten das Prinzip des Numerus clausus nicht nur verwirklicht, sondern sogar überholt ist und daß sich die Verhältnisse bereits dem Numerus nullus nähern. In diesem Jahre wurden an der Warschauer medizinischen Fakultät nur 8 Prozent der um Aufnahme ansuchenden jüdischen Studierenden immatrikuliert, von nichtjüdischen Bewerbern wurden 87 Prozent aufgenommen.

Bei der Beratung über den Text der Resolution kam es zu schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen den zionistischen und bundistischen Studenten. Es entstand ein Tumult, der der im Saal anwesenden Polizei Anlaß gab, die Versammlung schnell aufzulösen. Die Polizei drängte in brutaler Weise die Studenten aus dem Saale und hieb mit Gummiknüppeln auf diejenigen ein, die nicht schnell genug den Saal verlassen konnten.

Aus der jüdischen Welt

Antisemitische Verhetzung stört die religiöse Betätigung

Darmstadt, 27. Oktober. (JTA.) In einem Amtsschreiben an die Kreisämter und Polizeiämter weist Innenminister Leuschner darauf hin, daß die friedliche religiöse Betätigung wiederholt gefährdet und gestört worden sei. Hierher gehöre auch die aufs schwerste zu verurteilende antisemitische Verhetzung. Diesem Treiben sei mit allen Mitteln tatkräftig entgegenzuwirken, wozu die Verordnungen durchaus geeignete Handhaben bieten. Insbesondere sei die Erweckung und Schürung von Gegensätzen zu antichristlichen oder antisemitischen Zwecken als eine Gefährdung der Sicherheit anzusehen. Es müsse jede Vorsorge getroffen werden, daß die gesetzmäßige religiöse oder weltanschauliche Betätigung jedem Staatsbürger unbedingt gewährleistet bleibt. Die Übung religiöser und konfessioneller Überzeugungen im Rahmen der christlichen Kirchen wie der jüdischen Religion, namentlich an Sonn- und Feiertagen, müsse in jeder möglichen Weise geschützt werden.

Darmstädter Landgericht lehnt einen jüdischen Richter ab

München, 30. Oktober. (JTA.) Am 27. Oktober hatten sich vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Darmstadt die Nationalsozialisten Erich Berger und Zerbes in der Berufungsverhandlung wegen verschiedener Vergehen zu verantworten. Berger beantragte die Ablehnung des Beisitzers Amtsgerichtsrat Dr. Marx wegen Befangenheit, seine Verteidiger Matern und Käß legten dar, warum ein Nationalsozialist einen jüdischen Richter ablehnen müsse. Käß führte u. a. aus: „Nicht nur nach nationalsozialistischer Auffassung, sondern auch nach den Ergebnissen der modernen Rassenforschung, wie sie durch ihren bekannten, von der Regierung eines deutschen Landes auf den Lehrstuhl einer staatlichen Hochschule berufenen Vertreter Prof. Günther bestätigt wird, kann ein Jude einem Andersrassigen gegenüber niemals eine objektive Haltung einnehmen.“

Wie der „Völkische Beobachter“ heute meldet, hat das Gericht dem Antrag der Verteidigung stattgegeben und zur Begründung ausgeführt, es müßte bei der Beurteilung vom Standpunkte der Angeklagten ausgehen und könnte das, was sich seelisch gegen den Amtsgerichtsrat Dr. Marx bei den Angeklagten abspielt, ob es berechtigt oder nicht berechtigt erscheint, nicht übergehen. Wenn die Angeklagten vom ihrem Recht durch eine Reihe von äußeren Ereignissen derart felsenfest überzeugt seien, so müsse man annehmen, daß das Mißtrauen gegen einen jüdischen Richter dann soweit begründet ist, daß über den zur Verhandlung stehenden Fall nur ein Gericht urteilen kann, das das volle Vertrauen genießt.

Baron Louis de Rothschild will der antisemitischen Hetze weichen

Wien 29. Oktober. (JTA.) Baron Louis de Rothschild, Präsident der Österr. Kreditanstalt, hat den Ministerpräsidenten Dr. Buresch besucht und ihn gebeten, ihn seines Amtes als Präsident der Kreditanstalt zu entheben. Dabei wies Baron de Rothschild auf die gegen ihn geführte hemmungslose antisemitische Agitation hin, wobei mit dem Argument gearbeitet wird, das jüdische Haus Rothschild habe die Bank für eigene Interessen ausgenutzt. Der Ministerpräsident erklärte, die Demission Rothschilds nicht annehmen zu können, und versicherte, daß die Regierung es nicht dulden wird, daß der Arbeit Baron Louis Rothschilds als Präsidenten der Kreditanstalt Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Beginn der 21. Session der Mandatskommission des Völkerbundes

Genf, 27. Oktober. (JTA.) Am 26. Oktober nachmittags begann die 21. Session der Mandatskommission des Völkerbundes. In seiner Eröffnungsrede führte der Vorsitzende Marquis Teodoli u. a. aus: Der Bericht der Sechsten Kommission des Rates an die Plenarversammlung des Völkerbundes vermerkt, daß die Ordnung in Palästina seit den bedauerlichen Zwischenfällen von 1929 nicht gestört worden ist, und macht sich die von der Mandatskommission und dem Rat geäußerte Hoffnung zu eigen, daß die von der Mandatarmacht gemachten Anstrengungen, die jüdische Einwanderung zu erleichtern, ohne die Rechte der arabischen Bevölkerung zu verletzen, von Erfolg gekrönt sein werden.

Die Mandatskommission wird sich in dieser Session u. a. mit den folgenden Palästina betreffenden Petitionen zu befassen haben: 1. Petition vom 28. Juni 1931, eingereicht von der Agudath Israel-Zentrale. Diese Petition enthält Bemerkungen betreffend die Klagemauer. Berichterstatter: Palacios. 2. Petition vom 15. Juni 1931, eingereicht von dem Permanenten Komitee der Arabischen Liberalen Partei. Die Petitionäre protestieren gegen die Klagemauer-Kabinettsorder. Berichterstatter: Palacios. 3. Petition vom 17. Mai 1931, eingereicht von dem Präsidenten der arabischen Exekutive. Diese Mitteilung enthält einen Protest gegen das Mandatsregime in Palästina und im besonderen gegen die zionistische Politik. Berichterstatter: Sakenobe. 4. Petition vom 10. Mai 1931, eingereicht von Herrn Israel Amikam. Die Petition betrifft die Frage der Übermittlung von Telegrammen in hebräischen Schriftzeichen in Palästina.

Der Kampf um die Staatssubvention für die jüdischen Gemeinden in Rumänien

Bukarest, 26. Oktober. (JTA.) Trotz aller bisherigen Bemühungen und Interventionen ist die Auszahlung der gesetzlich vorgesehenen Staatssubventionen an die jüdischen Gemeinden Rumäniens noch immer nicht erfolgt. Das Kultusministerium beharrte auf seinen unerfüllbaren formalen Forderungen als Voraussetzung für die Auszahlung dieser Subventionen. Auf Grund einer Intervention des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Bukarest als Bevollmächtigte des Verbandes der jüdischen Gemeinden im alten Königreich hat nunmehr das Finanzministerium an das Kultusministerium das Ersuchen gerichtet, von der Erfüllung der formalen Voraussetzungen abzusehen und die Auszahlung der staatlichen Beihilfen für die jüdischen Gemeinden möglichst bald zu veranlassen. Dieser Schritt des Finanzministeriums hat im Hinblick auf die außerordentliche Notlage der jüdischen Gemeinden in allen jüdischen Kreisen Befriedigung hervorgerufen. Die schwierige finanzielle Situation der jüdischen Gemeinden Altrumäniens ist mit dadurch bedingt, daß diese Gemeinden noch immer nicht legalisiert sind und ihre Gemeindesteuern nicht zwangsweise einheben können. Die Haupteinnahmequelle dieser Gemeinden bildeten bisher die Abgaben für Koscherfleisch. Da jedoch der Fleischkonsum in letzter Zeit stark zurückgegangen ist — ein Zeichen der fortschreitenden Pauperisierung der jüdischen Bevölkerung — sind auch die Eingänge aus Fleischtaxen wesentlich gesunken und reichen bei weitem nicht aus, auch nur die dringendsten Erfordernisse der Gemeinden zu decken.

Friedhofsschändung in der Marmarosch

Bukarest, 30. Oktober. (JTA.) In einer der letzten Nächte haben unbekannte Täter den jüdischen Friedhof in der rumänisch-tschechoslowakischen Grenzstadt Halmeiu (Departement Maramures) geschändet. Es wurden neun Grabsteine umgeworfen und teilweise zertrümmert; außerdem wurde versucht, ein Grab zu öffnen.

Zur Spaltung im Weltmisrachi

Amsterdam, 30. Oktober. (JTA.) Wie der JTA-Verterter erfährt, gedenkt der holländische Misrachi dem Beispiel des deutschen Misrachi zu folgen und aus der Misrachi-Weltorganisation auszutreten. Eine außerordentliche Tagung des holländischen Misrachi wird demnächst zusammentreten, um in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen.

Zürich, 1. November. (JTA.) Die Führer der Misrachi-Landesorganisation für die Schweiz versammelten sich letzte Woche in Zürich zu einer

dringenden Sitzung, um zu den Ereignissen im Weltmisrachi, welche zum Austritt der deutschen Misrachi-Landesorganisation aus der Misrachi-Weltorganisation geführt haben, Stellung zu nehmen. Die Sitzung, die lediglich orientierenden Charakter hatte, brachte ein einmütiges Bekenntnis zum Standpunkt des deutschen Misrachi. Die Forderungen des deutschen Misrachi wurden restlos in ihrer Berechtigung anerkannt. Es wurde beschlossen, zunächst, in den einzelnen Misrachi-Gruppen der Schweiz eine Stellungnahme zum Konflikt herbeizuführen, um dann noch im Laufe dieses Jahres einen Delegiertentag einzuberufen, der die endgültige Entscheidung bringen soll.

Dr. Weizmann geht nach Holland

Amsterdam, 26. Oktober. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter erfährt, hat Dr. Chaim Weizmann zugesagt, im Verlauf des Monats November nach Amsterdam zu kommen und hier einen Vortrag über „Die Zukunft des Jüdischen Volkes" zu halten. Die holländischen Zionisten bereiten für die Zeit der Anwesenheit Weizmanns große öffentliche Kundgebungen in Amsterdam und in anderen holländischen Städten vor.

16 Juden im neuen englischen Unterhaus

London, 29. Oktober. (JTA.) Bei den am Dienstag, den 27. Oktober, in England durchgeführten Wahlen zum Unterhaus wurden auch 16 Juden gewählt. Dem früheren Unterhaus gehörten 15 Juden an. Die jetzigen jüdischen Parlamentarier gehören alle der Koalition der Nationalen Regierung an. Von den auf der Liste der Labour Party kandidierenden Juden wurde keiner gewählt.

Hoch eingeschätzt wird der moralische Erfolg Sir Herbert Samuels, Ministers des Innern und Führers der National-Liberalen Partei, der mit einer in seinem Wahlbezirk noch nicht dagewesenen Majorität von 4287 Stimmen gegen den ihm entgegengestellten einflußreichen konservativen Kandidaten gewählt wurde. Der Vorsitzende der Exekutive der von Sir John Simon geführten Gruppe der Liberal-Nationalen Partei, Hore- Belisha, wurde mit einer Mehrheit von 14 420 Stimmen gegen einen Labour-Kandidaten gewählt.

Von den bisherigen jüdischen Mitgliedern der Samuel-Partei wurden Major James de Rothschild, Major H. L. Nathan und Percy A. Harris wiedergewählt und Barnet Janner neugewählt. Janner siegte über den Kandidaten der Mosley-Partei, den berühmten jüdischen Boxer Kid Lewis, der in Whitechapel nur 154 Stimmen erhielt. Von jüdischen Kandidaten der Samuel-Partei sind Philip Guedalla in Manchester, L. B. Franklin (Sir Herbert Samuels Schwiegersohn) in Hackney nicht gewählt worden. Auch Hugh Franklin, ein Neffe Sir Herbert Samuels, der in Hornsey auf der Labour-Liste kandidierte, fiel durch.

Auf konservativer Seite wurden wiedergewählt der frühere konservative Minister A. M. Samuel, Samuel Samuel (Bruder des verstorbenen Lord Bearsted), Major Isidore Salmon, der Unterstaatssekretär für Luftfahrwesen der Nationalen Regierung Sir Philip Sassoon, neugewählt wurden L. H. Gluckstein, A. M. Lyons, Dudley B. Joel und T. Levy. Major Isidore Salmon erhielt eine der größten in dieser Wahl verzeichneten Majoritäten, nämlich eine Mehrheit von 33 827 Stimmen; Samuel Samuel erhielt eine Mehrheit von 21 146 und Sir Philip Sassoon eine Mehrheit von 16 669 Stimmen. Die beiden bisherigen konservativen jüdischen Unterhausmitglieder Sir Walter de Frece und Major Brunel Cohen haben diesmal nicht kandidiert.

Die Wahl zweier weiterer Juden, unter ihnen M. Bloch, der als Konservativer in Glasgow zur Wahl stand, scheint festzustehen.

Von Nichtjuden, die in den bisherigen Parlamenten bei Behandlung der Palästina-Frage eine Rolle spielten, wurden die Arbeiterparteiler Dr. Drummond Shiels und Oberst Kenworthy nicht wiedergewählt, dagegen wurde der Arbeiterparteiler Oberst Josiah Wedgwood ohne Gegenkandidaten gewählt. Der Zionistenfeind Howard Bury kanditierte diesmal nicht.

Große Hinterlassenschaft für den Jüdischen Nationalfonds

Neuyork, 29. Oktober. (JTA.) Der vor kurzem verstorbene Morris Wohl hat die Hälfte seines auf 750 000 bis eine Million Dollar geschätzten Vermögens dem Jüdischen Nationalfonds hinterlassen. Das Kapital wird aber erst in frühestens zwei Jahren realisiert werden können.

Beginn des Wintersemesters an der Hebräischen Universität

Jerusalem, 27. Oktober. (JTA.) Der Beginn des Wintersemesters an der Hebräischen Universität zu Jerusalem wurde durch eine Feier eingeweiht, der die Professoren- und Dozentenschaft, sowie fast die gesamte Studentenschaft der Universität beiwohnten. Der Kanzler der Universität Dr. J. L. Magnes hielt eine sehr ausführliche Ansprache über Wesen und Bedeutung, Gegenwart und Zukunft der Universität, sowie den Radius ihrer Lehr- und Forschertätigkeit.

Kein arabischer Proteststreik am Balfour-Tag

Jerusalem, 30. Oktober (JTA.) Musa Kazim Pascha, der Präsident der arabischen Executive, teilte in einer Kundgebung mit, daß die Executive im Hinblick auf die schwere Zeit beschlossen hat, am 2. November d. J., dem Jahrestag der Balfour-Deklaration, keinen Generalstreik zum Protest gegen Balfour-Deklaration und Mandat stattfinden zu lassen. Musa Kazim Pascha wünscht aber, daß auch der diesjährige Balfour-Tag durch Stärkung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Boykotts gegen die Juden gekennzeichnet werden möge.

Die Palästina-Regierung baut ab

Jerusalem, 2. November (JTA.). Gemäß den Vorschlägen der O'Konnel-Sparkommission sollen wie verlautet, 50 ältere und 250 jüngere Regierungsbeamte in Palästina abgebaut werden.

Der Bau des neuen Arbeiterviertels in Haifa gesichert

Jerusalem, 1. November (JTA.). Julius Simon und Dr .Hexter gaben telegraphisch ihre Zustimmung zu dem zwischen der Hypothekenbank der Palästine Ecconomic Corporation und einer Arbeitergruppe geschlossenen Vertrag betreffend Bau der ersten 113 Häuser im neuen Arbeiterviertel zu Haifa. Laut dem Vertrag muß der Bau dieser Häuser binnen neun Monaten beendet sein.

Chauffeurstreik in Palästina — Araber und Juden solidarisch

Jerusalem, 2. November (JTA.). Die Autotaxi-Besitzer und Chauffeure in Palästina traten am Montag, den 2. November, in Streik, weil die Regierung die Forderung nach Abschaffung der

Lizenz-Gebühren nicht erfüllt hat, sondern im Gegenteil auf Nachzahlung der Gebühren seit Juli v. J. drängt. Die arabischen und jüdischen Autobesitzer und Chauffeure gehen solidarisch vor, eine Ausnahme machen einige arabische Autobesitzer, die sich einem arabisch-jüdischen Zusammengehen widersetzen.

Eine „Chibath Zion"-Kolonie in Palästina

Jerusalem, 2. November (JTA.). In diesem Jahre, dem 50. Jahre seit der Begründung der Chibath Zion-Bewegung, wird, wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, auf Boden des Jüdischen National-Fonds eine neue große Siedlung entstehen, die den Namen „Chibath Zion" tragen wird.

Gemeinden- und Vereins-Echo

München. Wie wir hören, hat Kommerzienrat Dr. Ludwig Wassermann seine Demission als Mitglied des Gemeindevorstandes erklärt.

München. Am Samstag 8. November 9½ Uhr, wird Rabbiner Dr. Robert Geis aus Frankfurt als Bewerber um das Amt eines zweiten liberalen Rabbiners der hiesigen Gemeinde eine Probepredigt in der Hauptsynagoge halten.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez München. Samstag, den 7. d. M. abends 8.45 Uhr, findet im Lessingsaal Herzog-Rudolfstr. 1 im Rahmen des Klubabends ein Pressereferat statt. Gäste willkommen. Eintritt frei.

V. J. St. Jordania, München. Am Montag, dem 9. November, findet um ½9 Uhr im Heim, Herzog-Rudolf-Straße 1, unser Antrittskonvent statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Ferienarbeit;
2. Decharge für die Feriencharge;
3. Wahl der Semestercharge;
4. Besprechung der Winterarbeit;
5. Eventualia.

Man bittet um pünktliches Erscheinen.

Jüdisches Jugendheim München. Am Samstag, 7. November nachm. 6 Uhr pünktlich wird Herr Dr. Robert Geis, mit der jüdischen Jugend zu einer Aussprache zusammenkommen. Der ältere Teil der jüdischen Jugend ist hierzu eingeladen und wolle sich pünktlich im Lessingsaal einfinden. —

Jüdisches Jugendheim. Für die Montagabende sind im November besonders anregende Veranstaltungen vorgesehen. Der bekannte Münchener Dichter Manfred Sturmann hat sich in liebenswürdiger Wese bereit erklärt, am 9. November 20.30 Uhr im Lessingsaal aus eigenen Werken vorzulesen. Dieser Abend dürfte wohl alle Kreise der jüdischen Jugend interessieren und läßt zahlreichen Besuch erwarten.

Ferner findet am 23. November ein Zwiegespräch zwischen Herrn Dr. Hermann Baer und Herrn Rechtsanwalt Fritz Kahn II über „Kapitalismus oder Kommunismus?" statt.

Die von Herrn Dr. Werner Cahnmann geleitete Arbeitsgemeinschaft über Rassenfragen wird am 3. und am 17. November fortgesetzt.

Die Jungbühne im Jüdischen Jugendheim zeigt am 21. November abends 8.15 Uhr im Steinickesaal, Adalbertstr.: „Jaakobs Traum" von Richard Beer-Hofmann unter Leitung von Regisseur Heinz Brenner. Dieser erste Schritt der Jungbühne an die Öffentlichkeit begegnet vielseitigem Interesse; es dürfte deshalb ratsam sein, sich rechtzeitig Karten (zu RM. —.50, —.80 und 1.20) in der Ewer-Buchhandlung oder im Jugendheim zu besorgen.

Nachstehend geben wir das November-Programm des Jüdischen Jugendheims bekannt und empfehlen, dasselbe wieder auszuschneiden:

Montag, 2. Novmber 20½ Uhr, Lessingsaal: Gesellige Zusammenkunft.

Dienstag, 3. November 20½ Uhr, Arbeitsgemeinschaft. Dr. Chanmann über: Rassenfragen.

Mittwoch, 4 November 20½ Uhr: Presseabend (Gemeinsames Lesen und Besprechen bedeutsamer Zeitschriftenartikel über ein bestimmtes Thema).

Montag, 9. November 20½ Uhr, Lessingsaal: Manfred Sturmann liest aus eigenen Werken.

Montag, 16. November 20½ Uhr, Lessingsaal: Geselliger Abend.

Dienstag, 17. November 20½ Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Dr. Cahnmann über: Rassenfragen.

Mittwoch, 18. November 20½ Uhr: Presseabend.

Samstag, 21. November 8¼ Uhr, Steinickesaal, Adalbertstraße: „Jaakobs Traum" von R. Beer-Hofmann. Die Jungbühne unter Regisseur Heinz Brenner.

Montag, 23. November 8½ Uhr, Lessingsaal: Zwiegespräch zwischen Herrn Dr. Hermann Baer und Rechtsanwalt Dr. Fritz Kahn II über „Kapitalismus oder Kommunismus?"

Montag, 30. November 8½ Uhr, Lessingsaal: Geselliger Abend.

Sämtliche Veranstaltungen finden im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt und sind kostenlos (ausgenommen der Theaterabend am 21. November).

Hebräische Liederstunde München. In der hebräischen Liederstunde, die jeden Mittwoch von 8.45 bis 10 Uhr stattfindet, versammeln sich ungefähr 15 Jugendliche verschiedener Richtungen und Anschauungen, um hebräische Volkslieder im Original kennen zu lernen und zu singen. Wir machen die gesamte jüdische Jugend auf den jüdisch-erzieherischen Wert dieser Stunde aufmerksam und laden sie ein, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die Beteiligung ist unentgeltlich.

Der neue Stundenplan der hebräischen Sprachkurse, München

Mo	7.15—8.15 Kurs IV	8.30—10 Kurs I	—	—
Di	5—6 Uhr Kinderkurs I	7.15—8.45 Kurs VI	—	—
Mi	2.30—4 Uhr Kinderkurs III	4—5 Uhr Kinderkurs II	7.15—8 45 Kurs II	8.45—10 Liederstunde
Do	7.15—8 Uhr Grammatikkurs	8—9 Uhr Kurs IV	—	—
Sa	5.30—7 Uhr Lehrlingsheim	7.30—9 Uhr Kurs VI	—	—

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Bar-Kochba München. Die am 31. Oktober stattgefundene 20. Generalversammlung war leider sehr schlecht besucht. Die Ursache hierfür darf wohl in dem Umstande zu ersehen sein, daß ein großer Teil der Sportabteilung bei einem Tischtennistournier teilgenommen hat.

Herr Orljansky eröffnete die Generalversammlung und gedachte in kurzen, von Herzen kommenden Worten unseres nur allzufrüh dahingegangenen Georg Gidalewitsch. — Aus den Berichten des Vorstandes und der Abteilungsleiter konnte man erfreulicherweise ersehen, daß der Verein, trotz der allgemein schwierigen Lage, in seiner Arbeit nicht gehemmt wurde. Nur durch den Rücktritt Josef Orljansky's ergab die Neuwahl eine wesentliche Änderung. Herr Orljansky sah sich aus beruflicher Überlastung genötigt, sein Amt als I. Vorsitzender niederzulegen.

Die Wahlen ergaben:

I. Vorsitzender: Dr. Leopold Berger
II. Vorsitzender: Siegfried Gerson
Kassier: David Masur
I. Schriftführer: Hermann Renka
II. Schriftführer: Max Kalter
Leiterin der Damenabteilung: Friedl Gutter
Leiterin der Mädchen- und Kinderabteilung: Lina Strumpf
Leiter der Fußballabteilung: Wilh. Weißmann
Protektoratssammlung: Mali Landau und Benno Spielmann
Beisitzer: Camilla Hohenberger, Josef Orljansky, Adolf Misch, Walther Koschland
Sportarzt: Dr. Berthold Weiß

Die Leitung der Sportabteilung wird in einer besonderen Versammlung gewählt.

Weiterhin wurden folgende Beiträge festgesetzt:

Jugendliche	
bis zum vollendeten 14. Lebensjahr	M. —.50
bis zum vollendeten 18. Lebensjahr	M. 1.—
alle übrigen	M. 1.50

Wir bitten dringend um pünktlichere Bezahlung der Beiträge. Wir sind heute mehr als je auf uns selbst angewiesen. Unser Postscheckkonto hat nach wie vor die Nummer 8294. Der Beitrag, den wir für jedes Mitglied an den Deutschen Kreis im Makkabiweltverband, Berlin zu leisten haben, wird künftighin von dieser Stelle aus direkt unter Nachnahme erhoben, dabei erhalten die Mitgieder die Mitgliedskarte für 1932. Es entsteht dadurch keine Mehrbelastung unserer Mitglieder. Wer die Nachnahme einlöst, erhält von uns einen Monatsbeitrag gutgebracht.

Wiederholt erklären wir: Wer Wert auf einen Unfallversicherungsschutz legt, muß die Versicherungsgebühr von M. 1.50 pro Jahr bezahlt haben. Wer dies nicht getan hat, genießt keinerlei Schutz und lehnen wir nach wie vor ausdrücklich jede Verantwortung ab.

Die Makkabiade 1932 wird unter allen Umständen durchgeführt. Man rechnet heute schon mit mindestens 2000 Teilnehmern. Große Sorge bereitet der Mangel an einer geeigneten Kampfstätte. Das Stadion in Tel-Awiw zu bauen unternimmt der Makkabi-Weltverband. Zu diesem Zwecke ist eine Bausteinaktion eingeleitet worden, die bereits schöne Erfolge gezeitigt hat. Auch wir müssen unser Möglichstes hierfür tun und bitten wir alle unsere Freunde und Gönner unsere Werber freundlich aufnehmen zu wollen und auch für ihren Teil ein Scherflein zu dem notwendigen Werke beizutragen.

Bar-Kochba Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung

Der gesamte Turnbetrieb ist in vollem Gang. Die Kinder-Abteilung turnt Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die Mädchen-Abteilung Montag von 6 bis 7 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße, die Damen-Abteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, die Damen-Abteilung II Montag von 8 bis 9 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, die Turnstunde regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Neuanmeldungen werden in sämtlichen Abteilungen am Turnboden entgegen genommen.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am Donnerstag, dem 28. Oktober, hielt Herr Dr. Bamberger in unserer Ortsgruppe ein Pressereferat. Auf Grund seiner umfassenden Kenntnisse und seiner außerordentlichen Belesenheit gab Herr Dr. Bamberger, an Hand vieler interessanter Zeitungen und Zeitschriften, einen eingehenden Überblick über die jüdische Presse der letzten Wochen. In der darauffolgenden, sehr lebhaften Diskussion, an der sich die Herren Gorski, Dr. Nußbaum, Freimann, Oberndörfer jr., Wollner, Warburg, Steinbach und Frl. Steffi Braun beteiligten, wurde allgemein, insbesondere aber von Seiten der Jugend, der Wunsch laut, die Diskussionsabende des Jung-Zionistischen Kreises wieder aufzunehmen. Es wurde sogleich der nächste Diskussionsabend für Donnerstag, den 5. November, festgesetzt.

Jüdischer Pfadfinderbund in Deutschland
Bund der Junggruppen

Am 15. November findet in Nürnberg (Jugendheim Treustraße 7) ein gemeinsamer Gautag beider Bünde für Bayern statt, an dem der Bundesleiter der Junggruppen Kurt London-Berlin und der des J. P. D. Albert Salzer-Nürnberg teilnehmen. Der Zweck dieser Führertagung ist die Fundamentierung der praktischen Arbeit im bayerischen Gau. Vor allem soll die Tagung auch dazu dienen, die Fusion der beiden Bünde, die seit längerer Zeit eine engere Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen haben, vorzubereiten.

Am Sonntag Abend nach Abschluß der Tagung spricht Kurt London-Berlin um 20 Uhr im großen Saal des Jugendheims über das Thema: „Jugend und Gemeinde". Zu dieser Veranstaltung sind die Mitglieder der Gemeinden Nürnberg und Fürth herzlichst eingeladen.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 5
vom 1. bis 4. November 1931

Georg Gidalewitsch s. A. Garten: Familie Gidalewitsch dankt für die vielen Beweise der innigen Teilnahme und eröffnet auf den Namen ihres unvergeßlichen Georg 1 Garten- 10 Bäume RM. 60.—; Mirjam und Siegfried Ettlinger, Karlsruhe, zum Andenken an ihren unvergeßlichen Schorsch 2 Bäume 12.—.

Goldenes Buch ZOG, München: Hans Macholl kondoliert Frau Dr. Straus 1.—; Herr und Frau Dr. S. Koschland desgl. 1.—; Herr und Frau Max Landmann desgl. 2.— = 4.—.

Allgemeine Spende: Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert Herrn Wiesel zum 50. Geburtstag 1.—; Familie David Horn desgl. 1.— = 2.—. Erlös aus Tozereth Haarez 1.—.

Büchsen: Geleert durch Traub (JPD). 17.04. Jul. Levi 6.04; Max Diamand 1.—; G. Theilheimer 1.80; Dr. Willy Cohen 2.—; S. Bogopolsky 3.08, D. Masur 1.12; Leo Schiff 1.—; M. Unger 1.—.

Geleert durch Jackie Renka 4.57: S. Landauer 1.—; B. Friedmann 1.07; N. N. 1.—; H. Puschzewoi 1.20.

Geleert durch Herrn Walter Koschland 10.81: Dr. M. J. Gutmann 2.51; E. Neuwirth 1.—; St. Bender 1.—; S. Fleischner 2.—; Gottfried Hirsch 3.50; 2 Büchsen unter 1.—, —.80.

Geleert durch Albrecht Fröhlich 17.84: Julius Eisen 3.34; Adler 1.50; J. Bloch 2.—; Paul Simon 3.—; Jonas Singer 5.—; Frau Held Rosa 3.—.

Geleert durch Frl. Rauch 4.50: A. Frieser 2.—; T. Sufrin 1.—; J. Hauser 1.—; L. Bernstein —.50.

Durch Jackie Renka 9.10: Eugen Abeles 2.17; Arnold Kohn 3.—; B. Naß 1.30; M. Bohre —.50; M. Schneuer 1.—; S. Raaber 1.50.

Einzelne Büchsen: OLGR Dr. Neumeyer 2.—; Th. Mendle 2.— = 4.—.

Zusammen RM. 147.23.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 RM. 1339.65.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Büchsen unter 1 RM. nicht mehr namentlich ausgewiesen werden können.

Benützt bei allen Gelegenheiten die beliebten N.F.-Telegramme. Erhältlich zum Preise von RM. 1.— im Büro der ZOG, Herzog-Rudolf-Straße 1, Telephon 2 97 4 49.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Nürnberger Spendenausweis
vom 30. Oktober 1931

Spendenbuch: Herr und Frau Berthold Hichberger anläßlich der Barmizwah ihres Sohnes 20.—, Herr und Frau Dr. Rud. Liebstaedter anläßlich der Geburt ihrer Tochter 15.—.

Allgemeine Spenden: Tellersammlung anläßlich Herzl-Feier des Brith Haolim 5.—.

Rosch-Haschanah-Spende: Letzte Rate der Geschw. Lodner (Fürth), Herr Lehrer Eldod (Fürth) 3.—.

Bäume für Dr. H. Liebstaedter s. A. Garten: es gratulieren Dr. Rudolf Liebstaedter und Frau zur Geburt ihrer Tochter Bezirksverband Nürnberg des KJV. 1 Baum 6.—, Fam. Paul Hamburger 1/2 Baum 3.—, Frau Anna Löwengart 1/2 Baum 3.—, Harry Bein (Düsseldorf) 1/2 Baum 3.—, es kondolieren Dr. Max Lorch und Frau anläßlich des Hinscheidens ihres Vaters und Schwiegervaters Bezirksverband Nürnberg des KJV. 1 Baum 6.—, Keren Kajemeth Kommision Nürnberg 1 Baum 6.—.

Wertzeichen: Reiner Hirsch 1 Telegramm —.50, Helene Bloch 1 Telegramm —.50, Soz. Kreis 1 Telegramm —.50, Martin Gutmann 1 Telegramm —.65, Dir. Spiro (Augsburg) 8 Telegramme 4.—.

Büchsen: Durch Paul Buchmann: Fritz Goldschmidt 3.—, Dr. Heußinger 2.—, Feistmann, Heinemann je 1.—, Braunschweiger —.58, = 7.58.

Durch Ella Spiro und Mirjam Nußbaum: A. Krämer 2.21, Frau Bickart —.50, Karpf 0.40, Katz —.28 = 3.39.

Durch Rifkah Rapaport und Ziporah Unnah: Eben, Rosenfeld, Orthal je 1.— = 3.—.

Martin Thurnauer (Ludwigshöhe) 5.—.

Zusammen RM. 95.12.

Seit 1. Oktobr 1931 aufgebracht RM. 724.—.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München, Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.